



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/118

Hannover, den 27. September 48

## Die SPD und Bonn

-ät. Die internationale Entwicklung, gekennzeichnet durch Sonderausgaben der Zeitungen, drängt stärker als bisher zu einer raschen Lösung der westdeutschen Frage. Die Tagung des Parteivorstandes der SPD in Godesberg-Mehlem kann als ein weiterer Schritt in dieser Richtung bezeichnet werden. Sie hat vor allem eines klar gemacht: dass der SPD an einer raschen Lösung im allgemeinen deutschen Interesse gelegen ist. Man kann das, gemessen am bisherigen Fortgang der Arbeiten innerhalb des Parlamentarischen Rates, nicht von allen daran beteiligten Faktoren sagen; bei einer Analyse des Geschehens innerhalb und ausserhalb des Parlamentarischen Rates entsteht der Eindruck, dass so manche Partei dem ersten handgreiflichen Ergebnis aller Arbeiten der Bonner Institution, nämlich den daraus resultierenden Wahlen, mit einiger Besorgnis entgegen sieht. Zwar liegen die Ursachen dafür nicht in Bonn, aber die retardierenden Wirkungen sind bis in die letzten Ausschussarbeiten zu spüren. Es ist indessen fraglich, ob die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland im kommenden Frühjahr - soweit es geht - man unausgesprochene Hoffnungen - einen grösseren Optimismus rechtfertigt.

Damit soll nicht gesagt sein, dass innerhalb der SPD bereits ein spruchreifes Grundgesetz ausgearbeitet ist. Im Kommuniqué über die Godesberger Tagung wird dies mit den Worten Erich Ollenhauers angedeutet, dass "in einer Reihe von Fragen völlige Einmütigkeit herrsche". Nicht alle von den rund zwölf Fragen, die von der SPD-Fraktion im Parlamentarischen Rat dem Parteivorstand zur Stellungnahme vorlagen, sind auf einen einheitlichen Nenner gebracht worden. Die Fraktion kämpft nach zwei Seiten: einmal muss sie um einer möglichst grossen Mehrheit für das gesamte Grundgesetz zu kommen, das Einvernehmen mit den anderen Fraktionen herstellen; zum anderen Mal hat sie als Organ der SPD die Aufgabe, bestimmte in der Partei verankerte Grundsätze zu respektieren. Ende Oktober wird die nächste Sitzung des Parteivorstandes zeigen, wie weit in der Zwischenzeit eine Annäherung und Koordinierung der einzelnen Standpunkte nach aussen und nach innen erzielt werden konnte. Die Differenzen innerhalb der CDU sind, wie der Gegensatz Adenauer - Lohr beweist, noch tiefer und lassen eine weitere Verzögerung erwarten; von höherer Parteipolitik betrachtet, liess sich sagen, dass die Auffassungen häufig die Türen der Fraktionszimmer sprengen und ohne Rücksicht auf die Parteilegitimation ineinandergreifen.

27. September 1948.

Nicht akzeptabel erscheint für die SPD der Name "Bund deutscher Länder". Der im Kommuniqué von Godesberg gebrauchte Begriff "Deutsche Republik" soll zwar die endgültige Bezeichnung nicht präjudizieren, deutet aber die von der SPD verfolgte Linie an. Ebenso hält der Parteivorstand im gegenwärtigen Zeitpunkt den Posten eines Bundespräsidenten für verfrüht, weil der provisorische Charakter der westdeutschen Regelung - und er kann bis zur Eingliederung des deutschen Ostens nur provisorisch sein - dadurch verwischt würde; daneben sind gewichtige Gründe ins Treffen geführt worden, die für eine entsprechend ausgestattete Spitze neben der Legislative nicht nur aus Gründen der Repräsentation sprechen. Dies ist eine der Fragen, an deren Klärung Fraktion und Parteivorstand noch zu arbeiten haben.

Schwerwiegender noch ist die Frage der zweiten Kammer. Hierin ist Klarheit darüber geschaffen worden, dass dieser Institution nicht mehr als ein Vetorecht eingeräumt werden soll, während die Gesetzesinitiative allein bei der ersten Kammer und dem obersten Verwaltungskörper liegen soll. Ungeklärt ist aber, wie diese Kammer zustandekommen soll, ob auf der Grundlage des Senats- oder des Bundesratsprinzips. Die Frage der zweiten Kammer ist also in wesentlichen Teilen noch offen, was übrigens bei der CDU in noch stärkerem Masse gilt.

Keine Debatte gibt es innerhalb der SPD darüber, dass Berlin in jeder Hinsicht vollberechtigtes Glied der Neuregelung sein muss. Gegenüber den meist platonischen Versicherungen anderer Parteien ist die SPD der Ansicht, dass der Anspruch auf Berlin nur dann gesichert scheint, wenn er ohne Vorbehalt auch im Grundgesetz entsprechend verankert wird und wenn die Berliner Vertreter nicht nur als Beobachter, sondern als vollberechtigte Mitglieder des künftigen Parlaments auftreten.

Ebensowenig unbestritten ist innerhalb der SPD die Meinung, dass die Finanzhoheit und -verwaltung eindeutig bei der zentralen Spitze liegen muss. Eine Verzettlung auf die einzelnen Länder würde das zentrale Gebilde in eine gefährliche Abhängigkeit von den einzelnen Ländern bringen und von der finanziellen Seite her jede politische Regelung gefährden. Die SPD, die in allen Fragen einen gesunden Föderalismus vertritt, kann sich bei dieser Forderung auf die bisher gemachten Erfahrungen und darüber hinaus auf die Gutachten von Körperschaften stützen, die parteipolitisch keineswegs immer der SPD zuneigen.

Die Arbeit der kommenden Wochen wird von grosser Bedeutung sein. Sie soll von dem Bemühen der SPD gekennzeichnet sein, mit den anderen Parteien zu einer Lösung zu kommen, die einmal so rasch wie möglich das heutige System ablöst und zum anderen Mal solche Züge trägt, dass ihr die Zustimmung weitester Kreise der von ihr betroffenen Bevölkerung sicher ist.

Die Wirtschaftsunion Italien - Frankreich

M. Rom, im September

In Rom haben die Fachausschüsse der gemischten italienisch-französischen Kommission begonnen, konkrete Vorschläge zur Vorlage bei den Parlamenten beider Länder auszuarbeiten. Die Bemühungen zur Verwirklichung einer Zollunion als ersten Schritt zur geplanten Wirtschaftsunion sind damit in ihre zweite, entscheidende Phase getreten. Daß beide Partner von gutem Willen zur Überwindung der nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten besetzt sind, zeigte der kürzliche Turiner Kongreß der Handelskammer-Verbände beider Staaten. Bedeutsam klangen hierbei Sforzas Worte über die Bildung der drei großen amerikanischen, britischen und sowjetischen Imperien, "die zeigen, daß die kleineren Nationalgeheimen zum Verschwinden bestimmt sind".

Die Idee einer Union der beiden lateinischen Schwestern ist alt. Seit über die beiden Regierungen ihrem Willen, sie zu verwirklichen, am 13. September vergangenen Jahres Ausdruck gegeben haben, "kann diese Idee nichts mehr aufhalten", wie ihr Initiator Sforza jetzt im "Corriere della Sera" schrieb. Fünf Ausschüsse erarbeiteten die speziellen Grundlagen und koordinierten ihr Programm während der zweiten Juliwoche 1948 in Paris (Zölle, Finanzen, Arbeit, öffentliche Arbeiten und Transporte, Wirtschaft mit Landwirtschaft, Industrie, Außenhandel). Es ist die Aufgabe der nunmehr in Rom begonnenen Tagung der gemischten Studienkommission, die schrittweise geplante Zollunion in Einklang mit den von beiden Ländern bis zum November zu erstellenden ERP-Programmen zu bringen. Der erste konstitutionelle Schritt zur Verwirklichung der im Sinne eines eigentlichen europäischen Wiederaufbauprogramms liegenden Idee wäre damit getan.

Die großen Schwierigkeiten werden von beiden Seiten nicht unterschätzt. Zweifellos war die französische Skepsis zu Anfang größer als die italienische, wie denn Italien allen europäischen Problemen seit Kriegsende wohl am meisten realistisch und ohne Ressentiments gegenüber steht. Innerhalb Italiens läßt sich sagen, daß beim gegerwärtigen Stand der Dinge die Industriellen der Zollunion erheblich günstiger gesinnt sind als etwa landwirtschaftliche Kreise. Das erscheint auf den ersten Blick verwunderlich, weil sich die Industrie weitgehenden staatlichen Schutzes (mit Milliarden-Subventionen) erfreut, im Gegensatz zur Landwirtschaft. Aber die Industrie erhofft sich von der Union eine Senkung der um 25 Prozent höheren Produktionskosten als sie Frankreich aufzuweisen hat; es ist die Frage der zwei Millionen Arbeits-

losen und von den Betrieben durchzuschleppenden überschüssigen Arbeiter, die eine Lösung finden könnten. Die im März 1947 vereinbarte französische Übernahme von 200.000 Arbeitern blieb infolge der im Nachkriegseuropa üblichen gegenseitigen Absperrungen bisher auf 50.000 beschränkt. "Il Sole" weist darauf hin, daß bei Koordination von Mornetplan und italienischen industriellen Erweiterungsprojekten gerade jetzt der Zeitpunkt noch günstig ist, um eine Aufgabenteilung vorzunehmen. Schwieriger liegen die Dinge auf landwirtschaftlichem Gebiet, wo wenig ergänzende Produktionsmöglichkeiten bestehen. Vereinbarungen über ausländische Absatzmärkte würden bei den qualitativ unterschiedlichen Weinen, Käse und Obst aber auch hier Abhilfe schaffen können. Der Generaldirektor für wirtschaftliche Angelegenheiten im römischen Außenministerium, Minister Grazzi, äußerte sich in "Il Globo" jedenfalls optimistisch und hält alle Schwierigkeiten der Schaffung eines wirtschaftlichen 100-Millionenblocks innerhalb der nächsten 4 - 5 Jahre für überwindbar.

### Um Brot und Fleisch

Von Herbert Kriedemann

Durch die Erhöhung der Brot- und Fleischpreise, die jetzt im Wirtschaftsret zur Behandlung steht, wird erst ganz deutlich, in welchen Strudel wir hineingeraten sind. Mit besonderer Sorge erfüllt es die Sozialdemokratie, daß es die Bauern sein werden, gegen die sich die Empörung in erster Linie richten wird, obwohl das sachlich falsch ist. Die Sozialdemokratie als Ganzes hat immer betont, daß die deutsche Landwirtschaft zu den wirtschaftlich schwachen Gliedern der Volkswirtschaft gehört. Die durch keine Kontrolle gehemmte Entwicklung der Preise für landwirtschaftliche Bedarfsartikel, vom Bindegarn über die Maschinen bis zum Kunstdünger, hat die Landwirtschaft ebenso hart betroffen, wie die breiten Schichten unter der unkontrollierten Verteuerung von Schuhen, Textilien, Hausrat usw. oder der rücksichtslosen Ausbeutung der Mangellage in Lebensmitteln durch den Handel leiden müssen.

Die Sozialdemokraten sind gegen die beabsichtigten Preiserhöhungen. Zweifellos werden die Parteien, die mit ihrer "freien" Wirtschaftspolitik die Landwirtschaft längst preisgegeben haben, nun den Versuch machen, die Sozialdemokratie als bauernfeindlich zu denunzieren. Wenn die Sozialdemokraten diese Preiserhöhungen ablehnen, dann nicht, um den Bauern einen gerechten Lohn für ihre Arbeit vorzuenthalten. Das Nein der SPD gilt nicht der Landwirtschaft, es gilt vielmehr dem System Erhard-Industrie-CDU, dessen verheerende Folgen auch durch eine solche Preiserhöhung von der Landwirtschaft nicht abgewendet werden können.

Zur Steuerung der Wahrheit sind einige Aufklärungen nötig. Die Vorlage der Verwaltung stellt die geplanten Erhöhungen so dar, als ob der Preis für Roggenbrot völlig unberührt bliebe. Demgegenüber steht fest, daß nur  $\frac{1}{6}$  der Brotversorgung mit Roggenbrot erfolgen kann. Es werden also außerordentlich viele Verbraucher gezwungen sein, das um fünf bis sechs Pfennig pro kg teurere Mischbrot zu kaufen. Ferner ist Weißbrot, welches gleich 25 Pfennig pro kg mehr kosten wird, auch für die Kinder und Kranken der Minderbemittelten kein Luxus, wengleich es für viele von ihnen unerschwinglich sein wird. Die ganze Rechnung basiert schließlich auf der Hoffnung, daß der importierte Weizen zum alten Preis übernommen werden kann. Die Preisdifferenz soll zur Verbilligung des heimischen Getreides eingesetzt werden, um auf die oben angeführten Brotpreise zu kommen. Man hat sich dabei leider nicht vergewissert, ob die Militärregierung bereit ist, den Übernahmepreis für das Getreide auf der bisherigen Höhe zu lassen. Sollte das nicht der Fall sein, und damit muß immerhin sehr stark gerechnet werden, dann wird das Brot aller Sorten noch erheblich teurer werden.

Die geplanten Preiserhöhungen bei Fleisch, Rindfleisch um 26 Prozent, Schweinefleisch um 38 Prozent, können nicht dazu dienen, die Versorgung sicherzustellen. Zieht man nämlich in Betracht, daß - nach den Berechnungen der Bauerverbände - die festgesetzten Erzeugerpreise noch immer erheblich unter den Selbstkosten liegen sollen, dann wird in Zukunft ebenso wenig wie jetzt das Vieh der vorgeschriebenen Weg über den Schlachthof, sondern über den Schwarzen Markt gehen. Fünf Prozent der Verbraucher reichen aus, um bei einem friedensmäßigen Fleischverzehr die gesamte Menge zu konsumieren. Wir erfahren es auf allen Gebieten der Wirtschaft, daß mindestens fünf Prozent fest entschlossen sind, für ihre Person zum Friedensstandard zurückzukehren, und wir wissen, daß es sich diese Leute auch finanziell leisten können. Sie werden ohne Rücksicht auf die anderen Verbraucherschichten den tatsächlichen Preis bestimmen.

Der Versuch, den Bauer als einzige Erzeugergruppe unter Ausnahmerecht zu stellen, indem man ihn zwingen will, seine Waren zu einem vorgeschriebenen Preis abzuliefern, ist von vorn herein zum Scheitern verurteilt, wenn nach allen anderen Seiten der Preiswillkür keine Schranken gezogen sind. Der Bauer, der seine Kuh zum Höchstpreis verkaufen soll, muß mit ansehen, wie derjenige, der die Haut dieser Kuh erwirbt und z.B. zu Schuhen verarbeitet, diese Schuhe so teuer verkaufen kann wie er will, auf alle Fälle so teuer, daß nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Bauer - wenn er sich an die Höchstpreise hält, sie

nicht mehr erwerben kann.

Man kann in einer Wirtschafts-anarchie nicht nur ein Teilgebiet in Ordnung bringen. Wer den Erzeugern von Brot und Fleisch Bewirtschaftungsvorschriften machen will, die funktionieren sollen, muß entsprechende Vorschriften auch den Erzeugern von Schuhen, Kleidern und anderen nicht weniger lebenswichtigen Dingen machen - und ihre Respektierung sichern. Herr Erhard und seine freie Wirtschaft haben deutlich genug gezeigt, daß sie das nach der Seite der Industrie und des Handels nicht wollen, sie haben deshalb gegenüber der Landwirtschaft dazu weder das Recht noch die Möglichkeit - selbst wenn sie den Willen hätten.

Eben hat man rücksichtslos die Preise für Kalidünger empfindlich - und rückwirkend - erhöht und dadurch der Landwirtschaft zusätzliche Kosten aufgebürdet. Zur Abwechslung setzt man nun ihre Preise hoch und weiß dabei ganz genau, daß sich daran die Empörung der Verbraucher vollends entzünden wird. Gegenüber einer solchen Wirtschaftspolitik gibt es für die Sozialdemokraten nur ein klares Nein. Desto nachdrücklicher erhebt sie ihre Forderungen auf eine geordnete Wirtschaft, in der Kräfte und Stoffe so eingesetzt werden, wie es den Interessen der arbeitenden Menschen entspricht. Auch die Landwirtschaft wird erkennen, daß sie in einer nach allen Seiten geordneten Wirtschaft ihr Auskommen finden kann, weil die breiten Schichten die landwirtschaftlichen Erzeugnisse erst bezahlen können müssen, wenn der Bauer einen gerechten Preis haben will.

#### 90 Atombomben = 200 000 Tonnen Sprengbomben

sp. Wie der ehemalige Chef der amerikanischen Luftflotte, General Carl Spatz, in einem Artikel der "Newsweek" erklärt, wurden während des 2. Weltkrieges von der amerikanischen und englischen Luftwaffe rund 200 000 Tonnen hochexplosiven Sprengstoffes auf Ziele in Deutschland abgeworfen, während die japanischen Industriegebiete mit 167 000 Tonnen Sprengbomben belegt wurden, die aus den amerikanischen Superfestungen vom Typ B 29 abgeworfen wurden. Eine genaue Analyse der Schäden in Hiroshima habe ergeben, daß es 220 Superfestungen vom Typ B 29 bedurft hätte, um mit gewöhnlichen Spreng- und Brandbomben eine ähnliche Wirkung zu erzielen, wie sie durch die einzige Atombombe erzielt wurde, der Hiroshima zum Opfer fiel. Würden die jetzt in Europa stationierten 90 Superfestungen vom Typ B 29 mit Atombomben beladen, so könnten sie bei einem Einsatz die gleiche Wirkung auslösen wie 19 800 Flugzeuge des gleichen Typs, die mit Sprengbomben normalen Formats beladen wurden. Oder mit anderen Worten: Diese mit Atombomben beladenen 90 Superfestungen vom Typ B 29 würden über die gleiche zerstörende Kraft wie die vielen Tausende von amerikanischen Bombern des Typs B 17 und B 24 zusammen verfügen, die Deutschland bombardierten.

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt